

N i e d e r s c h r i f t

der 7. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 30.03.2022,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3, Zum Weiher 33,
35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 19:30 - 22:26 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Eike Henning Hinrichsen
Herr Dr. Ralf Sänger

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich
Herr Arne Sommerlad

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Frau Anja Verena Helmchen
Herr Heiko Schmitt

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Frau Eva Janzen

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Herr Günter Helmchen

Vom Magistrat:

Frau Astrid Eibelshäuser

Gäste/Sachverständige:

Frau Tine Faber	Natural Gardendesing
Herr Sadullah Gülec	Geschäftsführer SHG
Frau Birgit Schulte	Stellv. Geschäftsführerin SHG

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Simone Benz Schriftführerin

Entschuldigt:

Frau Christiane Janetzky- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Klein

Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung und gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ortsbeirates am 09.02.2022
2. Projektvorstellung "naturnahe Staudenwiesen vor dem Bürgerhaus Kleinlinden"
3. Bürgerfragestunde
4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
5. Mitteilungen und Anfragen
6. Neubau Grundschule Brüder-Grimm-Schule - OBR/0639/2022
Platzberücksichtigung für die Schülerbetreuung und den Jugendtreff
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
7. Erkenntnisse über Drogenhandel und -konsum an der Brüder-Grimm-Schule OBR/0640/2022
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
8. Bauvorhaben Feuerwehrgerätehaus OBR/0638/2022
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
9. Standort Feuerwehrgerätehaus Kleinlinden OBR/0744/2022
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.03.2022 -
10. Kreuzungsbereich Lützellindener Straße/Allendorfer Straße/L3054 - Ausweisung als geschlossene Ortschaft OBR/0741/2022
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2022 -
11. Verlegung der Ortstafeln OBR/0742/2022
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 -
12. Durchgehende 70 km/h Begrenzung Allendorfer Straße (Ortsumgehung) OBR/0743/2022
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.03.2022 -

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 13. | Außensportanlage Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 - | OBR/0745/2022 |
| 14. | Umgestaltung des Trailgeländes an der Brüder-Grimm-Schule in eine naturnahe Bewegungsfläche
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2022 - | OBR/0753/2022 |
| 15. | Standort Wohnprojekte für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 - | OBR/0746/2022 |
| 16. | Wohnprojekte für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0747/2022 |
| 17. | Verbesserung der Ausfahrtsituation aus dem Maiplatz in die Frankfurter Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0748/2022 |
| 18. | Verkehrssicherheit für Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühlen in der Katzenbach zwischen Hügelstraße und Maiplatz
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0749/2022 |
| 19. | Umsetzung des Lärmaktionsplanes des RP Gießen für Kleinlinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0750/2022 |
| 20. | Vorbereitende Arbeiten zur Anpassung von Bebauungsplänen zur Ermöglichung von Nachverdichtung in den Neubaugebieten und dem alten Ortskern Kleinlindens
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0751/2022 |
| 21. | Konzept zur Erhaltung der Streuobstwiesen um Kleinlinden
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - | OBR/0752/2022 |
| 22. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Ortsbeirates am 09.02.2022
-

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

2. Projektvorstellung "naturnahe Staudenwiesen vor dem Bürgerhaus Kleinlinden"

Frau Tine Faber, erläutert die geplante Umgestaltung des Bereichs vor dem Bürgerhaus anhand einer PowerPoint Präsentation. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)

Fragen der Ortsbeiratsmitglieder werden von **Stadträtin Eibelshäuser, Herrn Gülec** und **Frau Faber** beantwortet.

3. Bürgerfragestunde

- **Herr Norbert Herlein** führt aus, bei dem Gebiet auf der Nordseite der Straße „Zum Weiher“ zwischen Sportfeld und Bürgerhaus handele es sich nicht, wie im Antrag der FDP-Fraktion (OBR/046/2022) angeführt, um ein Baugebiet, sondern um Bauerwartungsland. Inzwischen sei auch klar, dass es sich hier um Hochwasserschutzgebiet handele und aus diesem Grund auch nicht bebaut werden dürfe.

Er möchte vom Magistrat der Stadt Gießen wissen, warum dieses Gebiet noch nicht entwidmet wurde, obwohl bekannt sei, dass es nach dem Wasserschutzgesetz nicht bebaut werden dürfe.

- **Herr Herlein** regt an, zu prüfen, ob das Baugebiet am Hellberg als Standort für das zukünftige Feuerwehrgerätehaus geeignet sei.

Ortsvorsteher Dr. Greilich entgegnet, das Gebiet am Hellberg sei kein Baugebiet mehr. Außerdem müssten bei der Standortfindung auch die Hilfsfristen berücksichtigt werden.

4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Ortsvorsteher Dr. Greilich verliest die vorliegenden Antworten und Stellungnahmen des Magistrats zu Anträgen des Ortsbeirates.

Aufforstung an der B49, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.06.2021, OBR/0156/2021

Herr Dr. Sänger teilt mit, dass die Ausführungen in der Antwort des Magistrats falsch seien und das auf Stock gesetzte Gehölz nicht wieder, wie ausgeführt, nachgewachsen sei.

5. Mitteilungen und Anfragen

-
- **Ortsvorsteher Dr. Greilich** teilt mit, dass der für den 14.05.2022 geplante Tag der offenen Tür der Freiwilligen Feuerwehr abgesagt wurde. Die Verantwortlichen hoffen, dass die Veranstaltung im nächsten Jahr am 01.05. wie gewohnt stattfinden könne.
 - **Ortsvorsteher Dr. Greilich** führt aus, dass die Ortsvorsteher der Gießener Stadtteile zu einem Gespräch mit den hauptamtlichen Dezernenten eingeladen waren. Dabei wurde mitgeteilt, dass nicht mehr personenbezogen ein Dezernent für einen bestimmten Ortsbeirat zuständig sei, sondern dass die Dezernenten anlassbezogen an den Sitzungen der Ortsbeiräte teilnehmen werden.
 - **Ortsvorsteher Dr. Greilich** teilt mit, Herr Pfarrer Landig habe ihn informiert, dass jeweils donnerstags um 18:00 Uhr eine Mahnwache für den Frieden vor der evangelischen Kirche stattfinde.

6. **Neubau Grundschule Brüder-Grimm-Schule - OBR/0639/2022**
Platzberücksichtigung für die Schülerbetreuung und den
Jugendtreff
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
-

Antrag:

„Der Ortsbeirat bittet den Magistrat der Universitätsstadt Gießen darum, dafür Sorge zu tragen, dass bei dem Neubau der Grundschule der Brüder-Grimm-Schule ausreichend Platz für die Schülerbetreuung eingeplant wird und diese gleichzeitig so gestaltet wird, dass selbige in den Abendstunden als betreuter Jugendtreff genutzt werden kann.“

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, stellt folgenden, ersetzenden, Änderungsantrag:

„Der Ortsbeirat bittet den Magistrat der Universitätsstadt Gießen darum, dafür Sorge zu tragen, dass bei dem Neubau der Grundschule der Brüder-Grimm-Schule ausreichend Platz, *auch für Räumlichkeiten, die in den Abendstunden als betreuter Jugendtreff genutzt werden können, eingeplant wird.*“

An der Aussprache beteiligen sich **Stadträtin Eibelshäuser** und die Ortsbeiratsmitglieder **G. Helmchen, Dr. Sänger, Dr. Greilich** und **Janzen**.

Beratungsergebnis:

Von der antragstellenden Fraktion bis zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates zurückgestellt.

7. **Erkenntnisse über Drogenhandel und -konsum an der OBR/0640/2022**
Brüder-Grimm-Schule
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihm über Drogenhandel und -konsum an der Brüder-Grimm-Schule auch außerhalb der Unterrichtszeiten vorliegen
2. welche Maßnahmen bisher zur Eindämmung von Drogenkonsum und -handel an der Brüder-Grimm-Schule ergriffen wurden
3. insbesondere wie oft die aufsuchende Jugendsozialarbeit im Jahr 2021 in den Abendstunden an der Brüder-Grimm-Schule vor Ort tätig geworden ist und
4. welche zusätzlichen über die bisherigen Maßnahmen hinausgehenden Wege er zur Eindämmung des Drogenhandels und -konsums an der Brüder-Grimm-Schule wann ergreifen wird.“

Begründung:

Immer häufiger melden u.a. besorgte Eltern betroffener Jugendlicher, dass Drogenkonsum und Drogenhandel insbesondere in den Abendstunden auf dem Gelände der Brüder-Grimm-Schule immer offener und offensichtlich ohne Furcht vor irgendwelcher Ahndung stattfinden. Die Fragen des Berichtsantrages benötigen dringend wirksame Antworten, um dieses hochgefährliche soziale Problem wenigstens näherungsweise einer Lösung näher bringen zu können.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Dr. Greilich, Dr. Sängler und Janzen.**

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen. (Ja: FDP, CDU, SPD, FW; Nein: 1 GR; StE: 1 GR)

Ortsvorsteher Dr. Greilich ruft die Tagesordnungspunkte 8 und 9 gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung auf.

8. **Bauvorhaben Feuerwehrgerätehaus** **OBR/0638/2022**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.01.2022 -
(wurde in der 6. Sitzung am 09.02.2022 zurückgestellt)
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten

1. bis zu den Sommerferien 2022 dem Ortsbeirat nach Abstimmung mit der Freiwilligen Feuerwehr Kleinlinden erste Planungen für den Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses für die FFW Kleinlinden am Rand des Entwicklungsgebietes Brandweg (am Zubringer zur B49) vorzulegen
2. in den Haushaltsplanentwurf für 2023 ausreichende Mittel für die Planung und Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre zur Umsetzung dieses Bauvorhabens in ausreichender Höhe einzustellen.“

Begründung:

Die ehemalige OB Frau Grabe-Bolz hat zu Recht in ihrem Antwortschreiben vom 24. November 2021 auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 22.09.2021 (OBR / 0300/2021) darauf hingewiesen, dass der Technische Prüfdienst Hessen in seiner Arbeitsschutz-Begehung im Auftrag der Unfallkasse Hessen bereits im Jahr 2013 festgestellt hat,

dass das Feuerwehrhaus in der Katzenbach hinsichtlich der Stellplatzgröße nicht den Anforderungen der DIN 14092-1 sowie der GUV I 8554 Sicherheit im Feuerwehrhaus entspricht. Es wurde bemängelt, dass die gemäß UVV erforderlichen Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden und die zur Verfügung stehenden Parkplätze für die Einsatzkräfte gemäß DIN 14092 Teil I nicht ausreichend sind. Teilweise liegt die ehemalige OB insofern richtig, als dass mögliche Standortgrundstücke in der Nähe der Brüder-Grimm-Schule bezüglich der Abdeckung des Stadtgebietes ungünstig sind. Allerdings scheidet aus Sicht der FDP-Fraktion der von der OB genannte mögliche Standort Pfingstweide (derzeitiger Campingplatz) aus verschiedenen Gründen aus:

Erstens ist dieser Standort auf noch nicht absehbare Zeit anderweitig genutzt. Zweitens sind die Rangiermöglichkeiten für die Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr aufgrund der räumlichen Situation eher schlechter als am jetzigen Standort. Drittens - und aus Sicht der Freien Demokraten am wesentlichsten - spricht die potentielle Gefährdung von Besuchern des Freibades und der Sportanlagen des TSV 1889 Gießen - Kleinlinden beim notfallmäßigen Ausrücken der Feuerwehr massiv gegen den Standort Pfingstweide (jetziger Campingplatz). Da deshalb nur noch ein Standort, nämlich der am Rand des Entwicklungsgebietes Brandweg (am Zubringer zur B49) übrigbleibt und bereits seit 2013 die Sicherheitsvorschriften am jetzigen Standort nicht eingehalten werden, muss der Magistrat hier mit absoluter Priorität tätig werden und Planung und Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses an diesem optimalen Standort jetzt zügig umsetzen. Das Verschieben auf die lange Bank wäre unverantwortlich.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Dr. Greilich, Dr. Sängler** und **Schmitt**.

Herr Dr. Greilich erklärt auf Nachfrage von Stadträtin Eibelshäuser, es gehe hierbei um Fragen der Stadtplanung und der Verkehrsplanung, nicht um Entwürfe für den Bau des Feuerwehrgerätehauses.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, ändert den Antragstext wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten

1. bis zu den **Herbstferien 2022** dem Ortsbeirat nach Abstimmung mit der Freiwilligen Feuerwehr Kleinlinden erste Planungen für den Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses für die FFW Kleinlinden am Rand des Entwicklungsgebietes Brandweg (am Zubringer zur B49) vorzulegen
2. in den Haushaltsplanentwurf für 2023 ausreichende Mittel für die Planung und Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre zur Umsetzung dieses Bauvorhabens in ausreichender Höhe einzustellen.“

Es erfolgt eine getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2.

Beratungsergebnis:

Punkt 1: Einstimmig beschlossen. (Ja: GR, FDP, CDU, FW; StE: SPD)

Punkt 2: Einstimmig beschlossen. (Ja: FDP, CDU, SPD, FW; StE: GR)

9. **Standort Feuerwehrgerätehaus Kleinlinden** OBR/0744/2022
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
13.03.2022 -
-

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat, dem Ortsbeirat zeitnah zu berichten, welche Untersuchungen, Stellungnahmen oder Entscheidungen noch benötigt werden, um eine Standortentscheidung für das Feuerwehrgerätehaus Kleinlinden treffen zu können, und wann nach dem derzeitigen Stand diese Ergebnisse erwartet werden können. Dabei bitten wir die Freiwillige Feuerwehr Kleinlinden bei den Planungsüberlegungen miteinzubeziehen.“

Begründung:

Laut der Stellungnahme vom 24.11.2021 soll die Entscheidung für den neuen Standort „bis 2023“ getroffen werden. Unter Berücksichtigung der Aussagen der Feuerwehr und der bisherigen Beratungen im Ortsbeirat zeigt sich derzeit, dass der Standort Brandweg aufgrund der Einsatzzeiten zum aktuellen Zeitpunkt favorisiert wird. Das aktuelle Feuerwehrgerätehaus entspricht nicht mehr den baulichen Erfordernissen zur Unterbringung von Fahrzeugen und hält die notwendigen Einrichtungen für die Feuerwehrmänner und Feuerwehrfrauen nicht mehr vor.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen. (Ja: GR, 1 FDP, CDU, SPD, FW; StE: 1 FDP)

Ortsvorsteher Dr. Greilich ruft die Tagesordnungspunkte 10 und 11 gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung auf.

10. **Kreuzungsbereich Lützellindener Straße/Allendorfer** OBR/0741/2022
Straße/L3054 - Ausweisung als geschlossene Ortschaft
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.02.2022 -
-

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, inwieweit der Kreuzungsbereich Lützellindener Straße/Allendorfer Straße/L3054 durch eine entsprechende Beschilderung vor beziehungsweise nach der Kreuzung als geschlossene Ortschaft ausgewiesen werden kann.“

Begründung:

Vor einigen Wochen wurde in der Allendorfer Straße (Linden in Richtung Allendorf) nach der Kreuzung das Ortseingangsschild angebracht. Zudem wurde in der Lützellindener Straße (in Richtung Lützellinden) nach dem Ortsausgangsschild, ein Tempo 70 Schild sowie ein Verkehrszeichen mit dem Hinweis auf eine Ampelanlage angebracht, obwohl diese aus dieser Entfernung bereits gut zu erkennen ist. Eine entsprechende Änderung der Beschilderung vor beziehungsweise nach dem Kreuzungsbereich würde die zusätzliche Beschilderung unnötig machen. Weiterhin würde eine Änderung der Beschilderung zu einem einheitlichen Tempolimit führen.

Herr Schmitt, CDU-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

11. **Verlegung der Ortstafeln** OBR/0742/2022
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob die Ortstafeln in der Lützellindener Straße in Höhe der Ampelanlage an der Kreuzung mit der Allendorfer Straße verlegt werden können.“

Begründung:

Im Zuge der kürzlich erfolgten Renovierung der Ampelanlage an der Kreuzung Lützellindener Straße / Allendorfer Straße wurde in Höhe der Sporthalle ortsauwärts in der Lützellindener Straße ein Schild zur Begrenzung der Geschwindigkeit auf 70 km/Stunde aufgestellt. Aus Gründen der Verkehrssicherheit erscheint es den Freien Demokraten deshalb dringend notwendig zu sein, die Ortstafeln auf beiden Seiten der Lützellindener Straße bis auf die Höhe der Ampelanlage zu verlegen. Dadurch könnte in beide Richtungen eine Begrenzung der Geschwindigkeit auf 30 km/Stunde eingerichtet werden, was insbesondere für die Schüler/innen der Brüder-Grimm-Schule und die Kundinnen und Kunden des REWE-Marktes zu einer erhöhten Verkehrssicherheit führen würde.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, zieht den Antrag zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

12. **Durchgehende 70 km/h Begrenzung Allendorfer Straße** OBR/0743/2022
(Ortsumgehung)
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
06.03.2022 -

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat zu berichten, warum die Allendorfer Straße zwischen der Kreuzung Frankfurter Straße/L3475 und Kreuzung Lützellindener Straße/REWE nicht durchgehend auf 70 km/h begrenzt ist.“

Begründung:

Die Allendorfer Straße (Ortsumgehung) ist im obengenannten Abschnitt in Richtung Frankfurter Straße durchgehend auf 70 km/h begrenzt. In Richtung Allendorf beginnt die Geschwindigkeitsbegrenzung dagegen erst kurz vor der Kreuzung Lützellindener Straße/REWE. Alle Gründe, die für die Geschwindigkeitsbegrenzung sprechen können (Lärmschutz, Unfallgefahr, Straßenzustand, etc.) sollten in der Regel auf beiden Straßenseiten gleich gelten. Der Magistrat möge daher berichten, warum die eine Fahrtrichtung vollständig begrenzt ist, in die andere Richtung dagegen auf ca. 400 m 100 km/h erlaubt sind.

Herr Hinrichsen, Bündnis 90/Die Grünen, verliest Antragstext und Begründung.

Auf Anregung von Herrn Schmitt, CDU-Fraktion, ergänzt Herr Hinrichsen den

Antrag wie folgt:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat

1. zu berichten, warum die Allendorfer Straße zwischen der Kreuzung Frankfurter Straße/L3475 und Kreuzung Lützellindener Straße/REWE nicht durchgehend auf 70 km/h begrenzt ist.
2. *Wenn dem keine triftigen Gründe entgegenstehen, die Frankfurter Straße/L3475 und Kreuzung Lützellindener Straße/REWE durchgehend auf 70 km/h zu begrenzen.*

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

13. **Außensportanlage Brüder-Grimm-Schule** OBR/0745/2022
- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass die Außensportanlage der Brüder-Grimm-Schule in benutzbaren Zustand versetzt und in Zukunft gehalten wird.“

Begründung:

Vor einigen Jahren wurde unter erheblichem finanziellen Aufwand die Außensportanlage der Brüder-Grimm-Schule instandgesetzt und erweitert. Bereits im Jahr 2018 musste der Magistrat durch Beschluss des Ortsbeirates auf die mangelnde Pflege von Kleinsportfeld und Laufbahn aufmerksam gemacht werden. Leider ist jetzt wieder festzustellen, dass durch Moosbewuchs die Laufbahn nicht benutzbar ist. Die Stadt Gießen wird deshalb zum Frühjahrsanfang gebeten, die beschriebenen Mängel zu beseitigen und in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass die Außensportanlage in benutzbarem Zustand bleibt.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **G.**

Helmchen und **Dr. Greilich** sowie **Stadträtin Eibelshäuser**.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

14. **Umgestaltung des Trailgeländes an der Brüder-Grimm-Schule in eine naturnahe Bewegungsfläche** OBR/0753/2022
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.03.2022 -

Antrag:

„Der Ortsbeirat bittet den Magistrat der Stadt Gießen zu prüfen, ob das Trailgelände an der Brüder-Grimm Schule als naturnahe Bewegungsfläche belassen oder naturnah umgestaltet werden kann, um dies für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

Begründung:

Kinder, Jugendliche und Erwachsene (hier insbesondere ältere Mitbürger*innen) haben im städtischen Bereich kaum Möglichkeiten sich auf naturnahem (unwegsamen) Gelände zu bewegen und ihre motorischen Fähigkeiten, bspw. zur Balance oder Trittsicherheit zu trainieren. Durch die auf dem Trailgelände vorhandenen Bäume, Felsen und Baumstämme ist ein naturnaher Bewegungsraum und eine eigene Erlebniswelt vorhanden. Beim anstehenden Rückbau des Geländes durch die Radfahrvereinigung könnten diese natürlichen Beschaffenheiten oder Kombinationen aus diesen erhalten bleiben, um einen naturnahen Bewegungsraum zu schaffen. Wenn der Bewegungsraum angenommen wird, kann zu einem späteren Zeitpunkt der Zaun um das Gelände entfernt werden.

Herr Dr. Sängler, Bündnis 90/Die Grünen, verliest den Antragstext und begründet den Antrag.

Herr Sommerlad, stellt für die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag:

„Der Trailpark an der BGS soll zunächst vollständig entfernt werden. Im Anschluss daran soll der Magistrat in Abstimmung mit der Schule und den interessierten Jugendlichen prüfen, ob in diesem Bereich die geplante Skateranlage (oder Alternativen) für deren Planung bereits 10.000,- € im Haushalt 2022 eingeplant sind, errichtet werden kann.“

Begründung:

Der Trialpark wird von der Radfahrvereinigung seit geraumer Zeit nicht mehr genutzt und diese plant in Kürze deren inkompletten Rückbau.

Aus Sicht der Freien Demokraten macht es wegen der damit verbundenen Verletzungsgefahr keinen Sinn, die vorhandenen scharfkantigen Steine und Betonbecken dort nach einem inkompletten Rückbau liegen zu lassen, zudem damit kein naturnaher Spiel- und Bewegungsraum für Kinder und Jugendliche gestaltet werden kann.

Vielmehr solle an dieser Stelle, nach vollständigem Rückbau des Trialparks, die von allen Fraktionen befürwortete Skateranlage errichtet werden, da der bislang ins Auge gefasste Standort zu weit außerhalb des Siedlungsgebietes liegt.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Dr. Sängler**, **Sommerlad**, **Janzen**, **A. Helmchen** und **Dr. Greilich**.

Beratungsergebnis:

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (OBR/0753/2022) wird **mehrheitlich zugestimmt**. (Ja: GR, CDU, SPD, FW; Nein: FDP)

Über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion erfolgt keine Abstimmung.

Ortsvorsteher Dr. Greilich ruft die Tagesordnungspunkte 15 und 16 gemeinsam zur Beratung und Beschlussfassung auf.

15. Standort Wohnprojekte für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen

OBR/0746/2022

- Antrag der FDP-Fraktion vom 19.03.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob als Alternative zu den bislang benannten evtl. Standorten für Wohnprojekte für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen in Kleinlinden auch das zukünftige Baugebiet auf der Nordseite der Straße „Zum Weiher“ zwischen Sportfeld und Bürgerhaus entwickelt und genutzt werden kann.“

Begründung:

Die mit Schreiben vom 16.02.2022 vom Stadtplanungsamt mitgeteilten evtl. Standorte für o.a. Wohnprojekte können allesamt nicht überzeugen. Der aktuelle Standort der freiwilligen Feuerwehr in der Katzenbach 14 ist erstens noch auf unbestimmte Zeit anderweitig genutzt und bietet auch nach Meinung des Stadtplanungsamtes zu wenig Raum für eine mittelgroße Seniorenanlage. Der mögliche Standort südlich der Sporthalle an der Brüder-Grimm-Schule steht in Konkurrenz zu dem evtl. Erweiterungsbedarf der Brüder-Grimm-Schule und dem rechtskräftigen Bebauungsplan und liegt darüber hinaus an einem viel befahrenen Verkehrsknotenpunkt mit entsprechenden Emissionen und Gefahren für evtl. ältere Anwohnerinnen und Anwohner. Der Standort Pflingstweide 13 ist erstens ebenfalls auf unbestimmte Zeit durch den Campingplatz belegt. Außerdem hat der Magistrat am 22.09. 2021 mitgeteilt, dass dieser Standort auch für den Neubau des Gerätehauses der FFW Kleinlinden in Frage kommt. Für den Fall eines Wegfalls des Campingplatzes wäre sicher auch eine Integration in die bestehenden Infrastruktur (Freibad der SWG, Sportanlagen des TSV Kleinlinden) prioritär. Aus Sicht der Freien Demokraten sollte daher die im Flächennutzungsplan als Baugebiet ausgewiesene Fläche auf der Nordseite der Straße „Zum Weiher“ zwischen Sportfeld und Bürgerhaus vorrangig mit dem Ziel entwickelt werden, dass das von allen Fraktionen im Ortsbeirat gewünschte Wohnprojekt für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen in Kleinlinden an dieser Stelle realisiert werden kann. Dort ließe sich auch das vom Ortsbeirat gewünschte generationsübergreifende Wohnen verwirklichen.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, verliest den Antragstext und begründet den Antrag.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Dr. Sängler, A. Helmchen, Dr. Greilich** und **Janzen**.

Herr Sommerlad, FDP-Fraktion, ändert den Antragstext wie folgt:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob als Alternative zu den bislang benannten evtl. Standorten für Wohnprojekte für alte, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen in Kleinlinden auch das *Bauerwartungsland* auf der Nordseite der Straße „Zum Weiher“ zwischen Sportfeld und Bürgerhaus entwickelt und genutzt werden kann.“

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen.
(Ja: FDP, CDU, SPD, FW; Nein: 1 GR; StE: 1 GR)

bedürftige Menschen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 -

Antrag:

„Der Ortsbeirat dankt dem Magistrat für die Mitteilung der Realisierungsmöglichkeiten des o.g. Projekts auf städtischem Gelände (siehe Stellungnahme des Magistrats vom 16.02.2022, OBR/0261/2021). Der Ortsbeirat beschließt, mit dem Amt für Soziale Angelegenheiten und der Wohnbau baldmöglichst Gespräche führen zu wollen, um auszuloten, wie das Projekt durch den Ortsbeirat weiter gefördert werden kann.“

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliest den Antragstext.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

17. **Verbesserung der Ausfahrtsituation aus dem Maipplatz in die Frankfurter Straße** **OBR/0748/2022**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 -
-

Antrag:

„Angesichts der baulichen und verkehrlichen Situation ist die Ausfahrt für KFZ aus der Straße Zum Maipplatz in die Frankfurter Str. durchaus tückisch:

Beim Ausfahren aus dem Mailplatz kann der Verkehr in der Frankfurter Str. erst eingesehen werden, wenn das KFZ soweit vorgefahren ist, dass der Radweg versperrt ist. Beim Vorfahren kann der von Süden kommende Radverkehr „auf der falschen Seite“, der gleichwohl Vorfahrt hat, gar nicht wahrgenommen werden.

Der Magistrat wird gebeten, für die Situation eine Lösung zu planen.

Der Ortsbeirat schlägt vor, in die Planung die Möglichkeit einzubeziehen, dass eine Kontaktschleife im Maipplatz an die Fußgängerampel angeschlossen wird und außerdem dem wartenden KFZ im Maipplatz eine Ausfahrtmöglichkeit signalisiert wird, so dass ein Vorfahren des KFZ aus dem Maipplatz bis zur Straßenkante der Frankfurter Str. nicht mehr erforderlich ist.“

Begründung:

Unzuträgliche Verkehrssituationen in Kleinlinden müssen in kleinen Schritten abgebaut werden. Dieser Antrag ist einer dieser Schritte.

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion mehrheitlich beschlossen.
(Ja: GR, FDP, CDU, SPD; Nein: FW)

18. **Verkehrssicherheit für Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühlen in der Katzenbach zwischen Hügelstraße und Maipplatz** **OBR/0749/2022**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 -
-

Antrag:

„Der südlich gelegene Gehweg in der Katzenbach ist zwischen Hügelstraße und Maiplatz für Fußgänger dann unbenutzbar, wenn (und das ist meistens der Fall) an dieser Straßenseite KFZ geparkt sind.

Der nördliche ist im genannten Straßenabschnitt teilweise so schmal, dass ein sicherer Verkehr mit Kinderwagen, besonders aber Rollatoren bzw. Rollstühlen nicht gewährleistet ist. Zudem hat dieser Fußweg eine Querneigung, die seine Nutzung weiter erschwert.

Der Magistrat wird daher gebeten, geeignete Maßnahmen zu planen, um die Verkehrssicherheit für Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren, Rollstühlen o.. in der Straße Katzenbach zwischen Hügelstraße und Maiplatz deutlich zu verbessern und dem Ortsbeirat darüber zu berichten.“

Begründung:

Unzutragliche Verkehrssituationen in Kleinlinden müssen in kleinen Schritten abgebaut werden. Dieser Antrag ist einer dieser Schritte.

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliert Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.
(Ja: GR, 1 FDP, CDU, SPD, FW; NT: 1 FDP)

19. **Umsetzung des Lärmaktionsplanes des RP Gießen für Kleinlinden** **OBR/0750/2022**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 -

Antrag:

„Kleinlinden wird in großen Teilen der bebauten Gemarkung von Verkehrslärm beeinträchtigt. Der Ortsbeirat erwartet, dass der Magistrat vorhandene Vorschläge zur Reduzierung des Verkehrslärms auch umsetzt. Bezüglich der Frankfurter Straße ist dies bisher verhindert worden:

Im Lärmaktionsplan für das Regierungspräsidium Gießen (2. Stufe) wurde auf S. 131 vorgeschlagen zu prüfen, die Geschwindigkeit in der Frankfurter Straße (im Text verschrieben als Gießener Str.) auf 30 km zur Nachtzeit zu beschränken.

Der finale Lärmaktionsplan teilt in der 3. Stufe vom April 2020 mit, die Stadt Gießen habe mitgeteilt, sie wolle den Vorschlag nicht umsetzen. (S. 110)

Der Magistrat wird daher gebeten

1. zu prüfen, ob er die o.g. Stellungnahme zum Lärmaktionsplan aufrecht erhält.
2. im Falle der Aufrechterhaltung der Nicht-Umsetzung diese Entscheidung dem OBR gegenüber ausführlich zu begründen.
3. im Falle einer geplanten Umsetzung des Vorschlags dies schnellstmöglich zu realisieren; einer nochmaligen Befassung des Ortsbeirates bedürfte es dann nicht.“

Begründung:

Eine Reduzierung des Verkehrslärms zur Nachtzeit trägt zur Verbesserung der Lebensqualität der Anwohnenden bei. Jede Gelegenheit dazu muss genutzt werden.

Quellen:

Der einschlägige Text des Lärmaktionsplans Stufe 2 lautet: „Gießener Straße [richtig:

Frankfurter Str.] im Stadtteil Klein-Linden. Die Auswertung der Lärmkartierung für diesen Bereich ergab, dass die Richtwerte der Lärmschutz-RL-StV mit großer Wahrscheinlichkeit an zahlreichen Häusern überschritten werden. Eine Vergleichsberechnung zeigte, dass die Lärmbelastung eindeutig von der Frankfurter Straße verursacht wird und nicht vom Gießener Ring. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in der Nachtzeit ergibt nach Berechnung mit RLS-90 eine Pegelminderung von mehr als 2,1 dB(A). Da für den Durchgangsverkehr eine Ausweichstrecke über den Gießener Ring zur Verfügung steht, würde der überörtliche nächtliche Verkehr durch ein nächtliches Tempo 30 nicht behindert. Eine Verkehrsverlagerung auf bisher weniger belastete Straßenabschnitte ist daher nicht zu befürchten. Eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h in der Nachtzeit wird auf diesem Streckenabschnitt zu prüfen sein.“ (S. 131)¹

Nach Stellungnahme der Stadt Gießen gegenüber dem RP wird im Lärmaktionsplan Stufe 3 mitgeteilt:

„Maßnahmen zur Umsetzung vom Tempo 30 im Nachtzeitraum sind nach Aussage der Stadt Gießen derzeit nicht beabsichtigt, obwohl die Frankfurter Straße im Stadtteil Kleinlinden einen Lärmkonfliktpunkt darstellt.“ (S. 110)²

¹ Lärmaktionsplan Hessen - Entwurf - 2. Stufe, Teilplan Straßenverkehr [für den] Regierungsbezirk Gießen; RP Gießen, 20.5.2015

² Lärmaktionsplan Hessen (3. Runde), Teilplan für den Regierungsbezirk Gießen, RP Gießen, April 2020; <https://rp-giessen.hessen.de/sites/rp-giessen.hessen.de/files/L%C3%A4rmaktionsplan%20Hessen%20Teilplan%20%20RPGI.pdf>

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliert Antragstext und Begründung.

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig beschlossen.
(Ja: GR, FDP, SPD, FW; StE: CDU)

20. Vorbereitende Arbeiten zur Anpassung von Bebauungsplänen zur Ermöglichung von Nachverdichtung in den Neubaugebieten und dem alten Ortskern Kleinlindens - Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 - **OBR/0751/2022**

Antrag:

„Die Nachfrage nach Wohnraum in Kleinlinden befindet sich auf hohem Niveau. Angesichts der weitgehend überbauten Gemarkung Kleinlindens ist die Neuplanung weiterer Neubaugebiete ausgeschlossen. Nicht sinnvoll erscheint, Wohninteressierte auf Neubaugebiete im ländlichen Raum zu verweisen, da in Folge davon zusätzlicher Verkehr entstünde, neue Infrastruktur erstellt werden müsste und Boden versiegelt würde. Sinnvoller erscheint es, die Möglichkeit zu eröffnen, dass Interessierte eine Nachverdichtung bestehender Siedlungsstrukturen vornehmen können, da die Infrastruktur einschließlich ÖPNV vorhanden ist. Dabei ist planerisch sicherzustellen, dass zwar z.B. Aufstockungen um ein Geschoss, Ausbau von Dachböden, Teilung großer Grundstücke, Errichtung von Wohngebäuden statt nicht mehr gebrauchter landwirtschaftlicher Betriebsgebäude usw. möglich werden, dagegen aber Bauten untersagt sind, die den Charakter der bisherigen Baustrukturen überwältigen würden.

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, entsprechende Planungen zu entwickeln und in einen Dialog mit dem Ortsbeirat über Möglichkeiten und Grenzen, intendierte und nicht intendierte Nebeneffekte usw. einer solchen Planung einzutreten. Die Planungen sollen sich auf die Gemarkungsteile, für die Bebauungspläne bestehen ebenso beziehen wie auf solche gegenwärtig bebauten Gemarkungsteile, für die keine Bebauungspläne bestehen.“

Begründung:

Ein hoher Bedarf an Wohnraum besteht, wie allgemein bekannt ist. Dem sollte nach Möglichkeit entsprochen werden.

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Schmitt, Janzen, Dr. Greilich, Hinrichsen** und **G. Helmchen**.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt.
(Ja: GR, SPD; Nein: FDP, CDU, FW)

21. **Konzept zur Erhaltung der Streuobstwiesen um Kleinlinden** **OBR/0752/2022**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.03.2022 -
-

Antrag:

„An wenigen Ortsrändern von Kleinlinden - besonders an der nördlichen Grenze des alten Ortskerns gegen die Lahnaue - sind Streuobstwiesen erhalten, deren Bäume zunehmend vergreisen. Es ist abzusehen, wann diese Bestände völlig abgestorben sein werden. Streuobstwiesen sind ein lebendiges historisches Dokument für einen wesentlichen Anteil an der Ernährung der ländlichen Bevölkerung vom 19. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Sie sollten daher wie andere Bau- und Bodendenkmale erhalten werden, auch wenn dieser Aufwand bedeutet.“

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, wie mit den Grundstückseigentümern zusammen die Bestände nicht etwa beim Sterben begleitet, sondern vielmehr als Obstbäume möglichst revitalisiert und ggf. ergänzt werden können. Dazu sind umfangreiche Anleitungs- und Unterstützungsaktivitäten erforderlich. Insofern unterscheidet sich dieser Antrag von dem aus dem Ortsbeirat Rödgen. Das Konzept sollte auch die angemessene Bewirtschaftung des Dauergrünlandes auf den Streuobstflächen einschließen, da die positive ökologische Wirkung von Streuobstbeständen erst durch eine extensive Beweidung des Grünlandes vollständig eintritt.“

Begründung:

Streuobstwiesen waren die typischen Grenzzonen des älteren oberhessischen Dorfes zwischen einerseits der Feldflur und andererseits dem altem Ortskern, der aus Verkehrsflächen, landwirtschaftlichen Betriebsgrundstücken einschließlich ihrer Bebauung und den Grabgärten (Gemüseärten) bestand. Die Einrichtung von Streuobstwiesen im 19. Jahrhundert wurde staatlich forciert, um die Ernährungssituation der Landbevölkerung zu verbessern. Die Erträge der

Streuobstwiesen schufen den Bauern außerdem eine zusätzliche Einnahmequelle, soweit z.B. in Stadtnähe ein Markt für Obst vorhanden war. Nach dem Bau der Eisenbahnen konnten auch Märkte in Ballungszentren (z.B. Frankfurt) bedient werden. Die Umwandlung von ortsnahen Äckern in Dauergrünland mit Obstbestand stand auch im Zusammenhang mit der Umstellung von Getreideproduktion zur Produktion von Lebensmitteln tierischer Herkunft, wozu die Einführung der ganzjährigen Stallhaltung von Rindern eine Voraussetzung war. Die Stallhaltung machte Flächen zum täglichen Mähen von Frischfutter in Stallnähe erforderlich. Streuobstwiesen waren derartig wichtig, dass der Obstbau eines der Pflichtfächer in den staatlichen Lehrerseminaren war; es wurde erwartet, dass die Seminarabsolventen als Innovatoren in den Dörfern für die Hebung des Obstbaus sorgen würden. Streuobstwiesen sind als historisches Dokument nicht schlechter zu behandeln als andere Bau- und Bodendenkmale. Leider ist es Kleinlinden selbst nicht gelungen, dieses Thema im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier im Jahre 2019 aktiv anzugehen. Die alten Streuobstwiesen an Kleinlindens alter südlicher, östlicher und westlicher Siedlungsgrenze sind durch die Ortserweiterung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert geschwächt und dann durch die Neubaugebiete ab den 1960er Jahren gänzlich überbaut worden. Nur in einzelnen Hausgärten sind Reste des alten Baumbestandes zu finden.

Frau Janzen, SPD-Fraktion, verliest Antragstext und Begründung.

An der Aussprache beteiligen sich die Ortsbeiratsmitglieder **Dr. Sänger**, **Dr. Greilich** und **Janzen**.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen.
(Ja: GR, CDU, SPD, FW; Nein: FDP)

22. Verschiedenes

Herr Dr. Sänger, Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass sich am Samstag, 09.04.2022 zwischen 10:00 und 11:30 Uhr Kleinlindener Bürger*Innen zu einer Aufräumaktion treffen. Er lädt die Mitglieder des Ortsbeirates herzlich zur Teilnahme ein.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **Mittwoch, 01.06.2022, um 19:30 Uhr, statt.**

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 23.05.2022, 8:00 Uhr.

DER ORTSVORSTEHER:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Dr. Greilich

(gez.) Benz